

# **Parteien und Außenpolitik. Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages**

## 1. ENTWURF

*Konferenzbeitrag für die Dritte Offene Sektionstagung Internationale Politik  
München, 6.-7. Oktober 2011*

Prof. Dr. Dirk Leuffen  
Universität Konstanz  
Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik  
Mail: [dirk.leuffen@uni-konstanz.de](mailto:dirk.leuffen@uni-konstanz.de)

Thomas Malang  
Universität Konstanz  
Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Politik  
Mail: [thomas.malang@uni-konstanz.de](mailto:thomas.malang@uni-konstanz.de)

Der Beitrag untersucht die Bedeutung von Parteipolitik im außenpolitischen Entscheidungsprozess. Vor dem Hintergrund der Exekutiv-Dominanz Theorie, wird der parteipolitische Spielraum im Deutschen Bundestag theoretisch und empirisch ausgelotet. Nach der Präsentation eines neuen Hypothesensets über die innenpolitische Dimension der Außenpolitik, wenden wir uns in der empirischen Untersuchung der Frage zu, wie Parteipolitik die Entscheidungen des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages beeinflusst. Grundlage der Analyse ist ein Datensatz, der sämtliche Entscheidungen zu Regierungsvorschlägen von 1990 bis 2005 umfasst. Der Beitrag argumentiert, dass außenpolitische Rollenkonzepte zwar einen gewissen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen jedoch parteipolitische Varianzen verstärkt zum Tragen kommen. Die Analyse bildet eine Vorstudie zu einem geplanten ausführlicheren Projekt über die Innenpolitik der deutschen Außenpolitik.

## I. Einleitung<sup>1</sup>

Die Analyse der deutschen Außenpolitik hat seit den 1990er Jahren ein verstärktes Interesse der Forschung geweckt. Die Erlangung der vollen Souveränität durch die wiedervereinigte und damit vergrößerte Bundesrepublik hat Fragen nach Kontinuität und Wandel hervorgerufen (vgl. bspw. (Haftendorn 1999; Harnisch 2003; Hellmann 2010, 2011; Hellmann, Weber, and Sauer 2008; Hellmann et al. 2007; Risse 2004; Rittberger 2001). In groben Zügen kann der Großteil der Forschung zur deutschen Außenpolitik in drei Stränge eingeteilt werden: 1. Zeitgeschichtliche Ansätze (z.B. (Hacke 2003; Haftendorn 2001; Schöllgen 2004), 2. *Policy-* bzw. anwendungsorientierte Ansätze (vgl. dazu auch (Hellmann 2006)); 3. Empirisch-analytische Ansätze. Im Rahmen dieser dritten Kategorie haben in den vergangenen Jahren vor allem (moderat) konstruktivistische Beiträge neue Erkenntnisse über den Zusammenhang von Identität, Ideen, Diskursen und außenpolitischem Verhalten hervorgebracht (vgl. z.B. (Baumann 2006, 2007; Hellmann 2006; Kirste and Maull 1996; Risse 2007)). Weniger systematische Beachtung hat hingegen die genuin innenpolitische Dimension der deutschen Außenpolitik gefunden also der Bereich, den ((Peters 2007) 821) als „Entscheidungsprozesse innerhalb des politisch-administrativen Systems“ bezeichnet (Ausnahmen sind z.B. (Eberwein and Kaiser 1998; Harnisch 2006, 2009, 2010; Lüddecke 2010)). So befindet auch (Maull 2010) in seiner Übersicht zur deutschen Außenpolitikforschung: „Bemerkenswert wenig systematische Aufmerksamkeit fanden in den letzten Jahren *mögliche Zusammenhänge zwischen der innenpolitischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Außenpolitik.*“ Dies ist insofern überraschend, als dass die Bezüge zwischen Innen- und Außenpolitik in der Literatur immer wieder hervorgerufen werden (vgl. z.B. Harnisch 2003: 324; Masala 1998: 289; Risse 2004: 31; Hanrieder 1970: 12).

Jenseits berechtigter Kritik am „Comparative Foreign Policy“ Ansatz (vgl. einfürend (Hudson and Vore 1995; Rosenau 1974; Smith 1986; Smith, Hadfield, and Dunne 2008) ist zudem auffallend, dass sich ein nur geringer Teil der Forschung zur deutschen Außenpolitik quantitativer Methodik angenommen hat. Der methodische Schwerpunkt der bisherigen Arbeiten liegt eindeutig im Bereich der qualitativen Sozialforschung. Auf Grund der Nähe zur Vergleichenden Regierungslehre – so schreibt Hudson (2005: 5): „FPA’s (*Foreign Policy Analysis*) ability to speak to domestic political constraints and contexts provides a common language between FPA and comparative politics.“ – und der stärkeren quantitativen Ausrichtung dieses Forschungsstranges in den vergangenen Jahren, sollte sich eine quantitative Ergänzung der Literatur zur deutschen Außenpolitik unter Umständen als fruchtbar nicht zuletzt für den Austausch zwischen den politikwissenschaftlichen Subdisziplinen erweisen.

---

<sup>1</sup> Wir danken Dominik Golle und Friedrich Wassermann für die Unterstützung bei der Datenerhebung.

In diesem Beitrag greifen wir diese zwei Herausforderungen auf: an Hand einer ersten quantitativen Analyse des Abstimmungsverhaltens im Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages der Legislaturperioden 12 bis 15 befassen wir uns mit der parteipolitischen Dimension der deutschen Außenpolitik. Auf Basis rationalistischer Akteurs-Annahmen erarbeiten wir 12 Hypothesen über das Entscheidungsverhalten von Abgeordneten und Parteien bei außenpolitischen Beschlussfassungen. Auf Grund unserer bisherigen Datengrundlage ist es uns nicht möglich, alle 12 der Hypothesen empirisch zu überprüfen. Da sie in unserer weiteren Forschung jedoch von Relevanz sind und zudem aufeinander aufbauen, werden sie hier trotzdem vorgestellt. Wir greifen dann diejenigen unserer Hypothesen auf, die wir mit Hilfe unserer Daten testen können. In der Analyse wird deutlich, dass es durchaus systematische Unterschiede zwischen den Parteien im außenpolitischen Bereich gibt. Der Konsens auch zwischen den „staatstragenden“ Parteien ist geringen als teilweise in der Literatur angenommen.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: nach einer kurzen Übersicht zur Literatur über Parteipolitik im außenpolitischen Entscheidungsprozess erarbeiten wir einen Satz von Hypothesen, aufbauend auf einfachen rationalistischen Akteurs-Annahmen. Nach der Operationalisierung testen wir einen Teil der Hypothesen an Hand eines eigens für diesen Zweck zusammengestellten Datensatzes über das Abstimmungsverhalten im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Nach der Analyse der Daten diskutieren wir unsere Befunde vor dem Hintergrund der Frage nach den innenpolitischen Bedingungen außenpolitischen Handelns.

## **II. Die Innenpolitik der Außenpolitik: Die Parteien im Auswärtigen Ausschuss**

*Do Parties Matter?* Die Frage, ob Parteien einen Unterschied für die aus dem politischen Prozess resultierenden *Outputs* machen, ist sowohl für Beobachter der Innen- als auch der Außenpolitik von Interesse. So ist diese Frage etwa zunächst systematisch für die Wirtschaftspolitik aufgestellt worden (vgl. z.B. (Hibbs 1987)), hat aber auch Eingang in außen-, europa- und entwicklungspolitische Analysen gefunden (vgl. z.B. (Finke 2009; Hagan et al. 2001; Kaarbo and Beasley 2008; Kaarbo and Lantis 2003; Leuffen 2007; Marks and Steenbergen 2002; Martin 2000; Milner 1997; Risse-Kappen 1991; Travis 2010)). Aber warum ist die Frage bedeutsam? Aus der Perspektive des rationalen Institutionalismus bestimmen zwei Faktoren die Herausbildung politischer *Outputs*: Institutionen und Präferenzen (vgl. (Plott 1991; Tsebelis 2002) 8). Bei deckungsgleichen Präferenzen von Akteuren werden die Institutionen für die Erklärung politischer Outputs unerheblich (vgl. (Milner 1999) 774). Bei konstanten Institutionen können Veränderungen nur über abweichende Präferenzen erklärt werden.

Klassischerweise wird für die Erklärung der Außenpolitik die Staatsräson angeführt (vgl. (Zimmer 2009)), in jüngerer Zeit wird zudem der Begriff der außenpolitischen Rolle als Kompass betrachtet, an den sich außenpolitische Entscheidungsträger orientieren können (vgl. (Harnisch and Maull 2001; Holsti 1970; Maull 1992). Gleichzeitig belegen doch herausragende Beispiele aus der deutschen Geschichte, dass zumindest die Staatsräson ein durchaus dehnbare Konzept darzustellen scheint. So war gar die Westbindung der Bundesrepublik in den Gründungsjahren parteipolitisch umstritten – erst mit Herbert Wehners Rede vom 30. Juni 1960 bekannte sich die SPD eindeutig zur Westbindung (vgl. (Hacke 2003)). Im Folgenden nehmen wir daher an, dass die außenpolitische Rolle eine Art Korridor darstellt, in dem sich die Parteipolitik bewegen kann. (Kirste and Maull 1996) sprechen von der „Rahmenfunktion“ nationaler Rollenkonzepte und ein ähnlich geartetes Argument findet sich für den Bereich der Europapolitik auch bei (Finke 2009).

Auch angesichts einer zunehmend offensichtlichen Verflechtung von Innen- und Außenpolitik stellt sich zudem die Frage, ob innenpolitische Entscheidungsmechanismen stärker in den Bereich der Außenpolitik Eingang finden. So ist die Bedeutung des Almond-Lippmann Konsenses, nach welchem die öffentliche Meinung kaum von außenpolitischen Entscheidungsträgern beachtet wird, zunehmend umstritten (vgl. (Thiem 2011)). Auch nachdem realistische Einschätzungen zur deutschen Außenpolitik zunehmend zu Gunsten liberaler Ansätze ins Hintertreffen zu geraten scheinen (vgl. (Rittberger 2001) stellt sich die Frage nach den subsystemischen Bedingungen deutscher Außenpolitik, worunter auch die Parteipolitik und die Aktivität des Deutschen Bundestages zu subsumieren ist.

In der Literatur zur deutschen Außenpolitik dominiert nach wie vor eine Ausrichtung auf die Exekutive (eine der wenigen Ausnahme ist (Lüddecke 2010)). Ganz prononciert wird die „executive dominance“ These (Martin 2000) von (Fröhlich 2001) formuliert: „Auf den Kanzler kommt es an“. Aber auch für Hellmann (2006: 161) spielt der Bundestag in der Außenpolitik eine nur „untergeordnete Rolle.“ Während die Exekutive sicherlich einen großen Teil des außenpolitischen Agenda-Settings vornimmt, z.B. durch die Verhandlung internationaler Verträge, und auch über herausragende außenpolitische Expertise verfügt, wird hier jedoch daran erinnert, dass die Exekutive gerade im parlamentarischen Regierungssystem immerzu die Position des Parlaments antizipativ berücksichtigen muss (vgl. (Cameron 2000; Martin 2000)). In der Literatur zu Zwei-Ebenen-Spielen wird das Parlament entsprechend für gewöhnlich als formale oder informelle Ratifikationsinstanz betrachtet (vgl. (Immergut 1992; Milner 1997; Moravcsik 1993; Tsebelis 2002).

Vor dem Hintergrund dieser Fragen, werden wir im Folgenden das Abstimmungsverhalten im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages eingehender analysieren. Wir konzentrieren uns auf den Ausschuss, da wir annehmen, dass hier die meisten tatsächlichen Entscheidungsprozesse

ablaufen und eventuelle auch innerparteiliche Spannungen hier stärker zu Tage treten sollten (vgl. allgemeiner dazu auch Paterson & Southern (1991)).

Aufbauend auf einfachen rationalistischen Akteurs-Annahmen generieren wir im Folgenden einen Satz theoretischer Erwartungen, um die Dynamiken bei Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages möglichst systematisch zu erfassen. Rationalistische Ansätze finden seit den 1990er Jahren einen verstärkten Einsatz bei der Analyse von Außenpolitik und insbesondere in dem Teil der Forschung, in welchem innen- und außenpolitische Faktoren im Sinne des „second image“ (Waltz 1959) verknüpft werden (vgl. z.B. (Bueno de Mesquita et al. 1999; Fearon 1994; Lake and Powell 1999; Schultz 2001)). Ein besonderer Fokus unserer Überlegungen wird auf die Frage nach der parteipolitischen Dimension des Abstimmungsverhaltens gerichtet. Die Theorie beginnt mit Annahmen auf der Ebene des einzelnen Abgeordneten, bevor wir uns dann den Parteien – unterschieden in Regierungs- und Oppositionslager – zuwenden. Es sei nochmals unterstrichen, dass wir im Folgenden mehr Hypothesen formulieren als wir in diesem Beitrag überprüfen können. Die zur Prüfung vorgelegten Hypothesen werden explizit gekennzeichnet.

#### *Nichtformalisiertes Erklärungsmodell zum Abstimmungsverhalten im AA des Deutschen BT*

Getreu den Weisungen des methodologischen Individualismus betrachten wir zunächst die Handlungslogik der individuellen Abgeordneten. Wir nehmen an, dass eine Abgeordnete bestrebt ist, ihren Nutzen zu maximieren (vgl. (Krehbiel 1998)). Sie sollte damit bei einer Abstimmung diejenige der drei Alternativen – Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung – wählen, die ihr den größten Nutzen verspricht.

Die Nutzenfunktion der Abgeordneten besteht aus zunächst zwei Komponenten:

1. Die Distanz des Vorschlages zum Idealpunkt der Abgeordneten.
2. Die Positionierung des Medians ihrer Fraktionsvertreter im Ausschuss (unter der Annahme, dass der Median die Position der Fraktion vertritt).

Aus der Distanz des Vorschlages zum Idealpunkt der Abgeordneten (egal worauf dieser Idealpunkt zurückzuführen ist, sprich ob *Policy*- oder Wahlorientierung vorherrscht (vgl. (Strom and Müller 1999) 10) ergibt sich die folgende Vorhersage:

H1: Je näher ein Vorschlag am Idealpunkt der Abgeordneten, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung.

Wir nehmen in unserer Nutzenfunktion ferner an, dass die Abgeordnete ein Interesse hat, sich fraktionskonform zu verhalten. Fraktionen haben ein Interesse an einem disziplinierten Verhalten Ihrer Angehörigen und verfügen über ein Arsenal an Sanktionsmechanismen (vgl. auch (Benedetto and Hix 2007; Depauw and Martin 2009)). Wir nehmen ferner an, dass wenn sich eine Fraktion auf eine Position festlegt, die Abgeordnete ein Interesse daran hat, mit der Fraktion zu stimmen.

Deckt sich der Idealpunkt der Abgeordneten mit dem des Fraktions-Medians und nehmen wir ferner an, dass die Fraktion in Abhängigkeit der inhaltlichen Nähe zu einem Vorschlag stimmt, ist eine Vorhersage des Verhaltens der Abgeordneten nahe liegend.

Weichen wir hingegen die Annahme einer inhaltlichen Übereinstimmung zwischen Abgeordneter und Fraktion oder die Annahme der inhaltlichen Bestimmung des Wahlverhaltens der Fraktion auf (so könnte sich eine Oppositionspartei aus Prinzip einem Regierungsvorschlag widersetzen), ergibt sich eine Spannung aus der Nutzenfunktion. Die Abgeordnete muss entscheiden, ob sie ihren *policy*-Vorstellungen entsprechend abstimmt, oder aber ihrer Fraktion folgt. Bei einem Widerspruch zwischen inhaltlicher Ausrichtung der Abgeordneten und der Fraktion sollte die Abgeordnete der Komponente folgen, die sie stärker gewichtet.

H2: Stehen inhaltliche Position der Abgeordneten und die Vorgabe der Fraktion im Widerspruch, sollte die Abgeordnete der stärker gewichteten Komponente nachgeben.

Wenn sie die beiden Komponenten gleich gewichtet, könnte sich die Abgeordnete für eine Enthaltung entscheiden (das Verhalten bei einer Enthaltung der Fraktion wird hier nicht behandelt).

H3: Stehen inhaltliche Position der Abgeordneten und die Vorgabe der Fraktion im Widerspruch und werden die beiden Komponenten gleich gewichtet, sollte die Abgeordnete sich enthalten.

Was bestimmt nun die Gewichtung? Wir nehmen an, dass eine Regierungsfraktion ein erhöhtes Interesse an einem uniformen Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten hat, um die Regierungsstabilität nicht zu gefährden. Daher dürfte eine Regierungsfraktion „Abweichler“ stärker sanktionieren als eine Oppositionsfraktion.

H4: Wenn eine Abgeordnete einer Regierungsfraktion angehört, ist ein abweichendes Wahlverhalten unwahrscheinlicher als bei einer Oppositionsfraktion.

Übertragen auf das Abstimmungsverhalten der Fraktionen würde dies folgende Beobachtung implizieren:

H5: Regierungsfractionen sollten ein homogeneres Abstimmungsverhalten vorweisen als Oppositionsfractionen.

Die Präferenz für einen Vorschlag kann sich auch auf die Qualität der Ausarbeitung beziehen. Da Regierungen über eine größere Ressourcenausstattung verfügen als Oppositionsfraktionen und einzelne Abgeordnete, sollten ihre Vorschläge besser ausgearbeitet sein und daher mehr Zustimmung finden.

H6: Regierungsvorschläge erfahren eine höhere Zustimmung als Vorschläge von Oppositionsfraktionen und einzelner Abgeordneter.

Eine höhere Zustimmung zu Regierungsvorschlägen könnte auch auf andere Gründe zurückzuführen sein. So könnte eine Regierung bemüht sein, eine möglichst hohe Zustimmung bei außenpolitischen Entscheidungen zu erzielen (entgegen den strategischen und doch empirisch kaum bestätigten Überlegungen von (Schelling 1963) und (Putnam 1988)). Sie könnte daher die Opposition schon im Vorfeld in Entscheidungen einbeziehen bzw. ihre Positionen antizipieren (vgl. (Cameron 2000)). Dies sollte jedoch die Vorhersage von Hypothese 6 nicht verändern, auch wenn andere Mechanismen zu Grunde gelegt werden.

Die Außenpolitik gilt traditionell als ein besonderes Politikfeld. So galt im 19. Jahrhundert das „Primat der Außenpolitik“, und wegen der Bedeutung des Gegenstandes wurde und wird die Außenpolitik gerne als ein dem Parteienstreit entzogener Bereich betrachtet. Nach der Annahme, dass die Außenpolitik nicht in die „Niederungen“ der Innenpolitik eintaucht und außenpolitisches Verhalten durch die Staatsräson vorbestimmt ist, sollten parteipolitische Differenzen in außenpolitischen Belangen weniger stark in Erscheinung treten als bei innenpolitischen Fragen.

H7: Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss sollten einen höheren Grad an Konsens aufweisen als Abstimmungen in Ausschüssen mit innenpolitischem Bezug.

Nach dieser Lesart sollte es zu einer hohen Übereinstimmung in außenpolitischen Fragen zumindest zwischen den „staatstragenden“ Parteien kommen, also z.B. zwischen solchen Parteien die jemals Regierungsverantwortung übernommen haben.

H8: Bei Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss sollten Regierungs- und Oppositionsverhalten kaum zu unterscheiden sein (zumindest in Bezug auf die „gemäßigte“ Opposition).

Wenn die Opposition Regierungsvorschlägen systematisch zustimmt, könnte man erwarten, dass die Regierungsfaktionen der Opposition zum Tausch verpflichtet sind. Daher sollten wir gemäß einer Tauschlogik finden, dass die Regierungsfaktionen Vorschlägen der Oppositionsparteien zustimmen, die regelmäßig Regierungsvorschlägen folgen (auch hier können Präferenzüberschneidungen eine Rolle spielen).

H9: Die Regierungsfractionen stimmen eher für die Vorschläge der Oppositionsfractionen, die regelmäßig die Regierungsvorlagen unterstützen als für Vorschläge aus Reihen der Oppositionsfractionen, die oft in auswärtigen Angelegenheiten gegen die Regierungsvorschläge stimmen.

Eine alternative Lesart würde die innenpolitische Rollenlogik von Regierung und Opposition auf den Bereich der Außenpolitik ausdehnen. Demzufolge sollte die Rolle das Entscheidungsverhalten bestimmen.

H10: Abgeordnete stimmen entsprechend ihrer Rolle als Angehörige der Regierung bzw. der Opposition gegen die Vorschläge der jeweils „anderen Seite“.

Kosten und Nutzen des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen können sich auch im Laufe der Zeit verändern. So ist in Anlehnung an Hypothese 9 zu erwarten, dass die „Grünen“ nach ihrer Regierungszeit eine stärkere Zustimmung zu Regierungsvorlagen an den Tag legen sollten als zuvor. Es sei hervorgehoben, dass wir hier etwas von den rationalistischen Annahmen abweichen, da Lernprozesse angenommen werden.

H11: Die Grünen als Oppositionspartei sollten nach der Regierungsbeteiligung mehr Regierungsvorlagen zustimmen als in den Phasen vor der Grünen Regierungsbeteiligung.

Ferner sollten die Kosten einer Zustimmung zu Regierungsvorlagen für die Opposition zunehmen, wenn andere Oppositionsparteien aus einem angenommenen außenpolitischen Konsens ausbrechen. Konkret würden wir erwarten, dass durch das Erstarken der außenpolitisch extremeren Partei „Die Linke“ Druck auch auf die SPD ausgeübt wird, einer konservativeren Regierung Zustimmung zu versagen.

H12: Durch das Erstarken der Linken, sollte die Übereinstimmung von Union und SPD zurückgehen.

Diese Hypothese würde also das Abstimmungsverhalten mit Entwicklungen im Parteiensystem verknüpfen und damit erneut also eine explizit innenpolitische Variable ins Spiel bringen.

### **III. Operationalisierung / Daten**

Unsere theoretische Argumentation und die daraus abgeleiteten Hypothesen zeigen bereits, dass wir der Untersuchung ein rationalistisches Handlungsmodell zu Grunde legen. Die Methodik der Untersuchung ist dadurch freilich noch nicht bestimmt. Unbestritten ist, dass das Abstimmungsverhalten einer Abgeordneten eine objektive und quantifizierbare Größe darstellt. Auf



individueller Ebene hat ein Mandatsträger immer die Möglichkeit entweder einem Vorschlag zuzustimmen, abzulehnen, oder sich der Stimme zu enthalten. Die Erklärungen für das Abstimmungsverhalten können jedoch variieren, ebenso wie die zur Überprüfung der Hypothesen angewandten Methoden.

Die Wirkung von ‚Parteizugehörigkeit‘ auf den Abgeordneten und als Erklärung für dessen Abstimmungsverhalten wird kontrovers diskutiert. Einige Autoren untersuchen Parteizugehörigkeit als einen inhaltlich-normativen Faktor: Mitglieder einer Partei treffen Entscheidungen im Sinne der Partei weil sie auf Grund ihrer inhaltlichen Affinität -- dem zu Grunde liegenden Überzeugungssystem sowie den konkreten Lösungsvorschlägen -- mit den erarbeiteten Politikoptionen übereinstimmen. Abstimmung folgt also eher einem Glauben als einer Strategie. Umgekehrt sieht es aus, wenn man die Parteizugehörigkeit jenseits des Inhaltes über die Rolle definiert, die sie dem einzelnen Abgeordneten zuschreibt. Eine Partei kann entweder an der Regierung beteiligt sein oder befindet sich in der Opposition. Auf Grund dieser Rolle wird jenseits des Inhalts das Abstimmungsverhalten des Abgeordneten bestimmt. Wie der Hypothesenteil zeigt muss das Abstimmungsverhalten nicht entlang der Regierungs-Oppositionslinie verlaufen sondern kann z.B. von Mitgliedern der großen Parteien einen Konsens in der Außenpolitik vorgeben. Das zu Grunde liegende Argument ist jedoch dass es im Normalfall die rationale Strategie für Abgeordnete ist, so abzustimmen wie die Parteirolle es vorgibt.

Diese zwei Arten über den Effekt der Parteizugehörigkeit zu denken sind analytisch unterschiedlich, jedoch überschneidet sich Inhalt und Rolle in der Praxis stark. Für die folgende Analyse haben wir uns darauf konzentriert, die Rollenperspektive zu untersuchen. Bei allen untersuchten Entscheidungen steht also nicht im Vordergrund über was entschieden wurde und ob die Parteien eine dezidierte Ausrichtung zu der jeweiligen Entscheidung haben. Vielmehr wird für alle Entscheidungen gefragt, ob es rollen- und parteispezifische Muster im Abstimmungsverhalten gibt, die zur Unterstützung oder Verwerfung der aufgestellten Hypothesen dienen können.

Der Fokus der Untersuchung liegt auf dem Abstimmungsverhalten des Bundestages im Zeitraum von 1990 bis 2005. Der Anfangspunkt begründet sich durch die deutsche Wiedervereinigung und das dadurch etablierte Fünf-Parteiensystem. Der Endpunkt wird in folgenden Untersuchungen noch aktualisiert, für den vorliegenden Beitrag ergeben die vier Legislaturperioden jedoch eine symmetrische Aufteilung in zwei unterschiedliche Mehrheitskonstellationen. Anfänglich steht die Regierungszeit Kohl unter der CDU/CSU-FDP Mehrheit während der 12. und 13. Legislaturperiode von 1990-1998. Gefolgt wird diese durch die Rot-Grüne Regierung der 14. und 15. Legislaturperiode unter Kanzler Schröder. Die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zur Mitte des Untersuchungszeitraums verspricht Varianz auf Ebene der Rollenzuordnung der Parteien.

Um das Abstimmungsverhalten des Bundestages zu untersuchen, gibt es generell zwei naheliegende Strategien: Entweder analysiert man die Abstimmungen im Plenum oder die in den Fachausschüssen. Wir haben uns für die Untersuchung des Abstimmungsverhaltens im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten entschieden. Die Begründung kann in vier Punkten zusammengefasst werden. Erstens wird der Bundestag als ‚Arbeitsparlament‘ charakterisiert, d.h. der Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit liegt in den Ständigen Ausschüssen (Ismayer 2007:185). Damit geht zweitens einher, dass sich die Experten und Meinungsführer für spezielle Politikfelder in den jeweiligen Ausschüssen sammeln. Wir erwarten dadurch, dass sich Präferenzen, Rollenverständnis und Abstimmungslogiken der einzelnen Abgeordneten und der Parteien in den Ausschüssen deutlicher und direkter messen lassen als in den nachgeordneten Abstimmungen im Plenum, da die Ausschüsse weniger ‚Noise‘ produzieren. Drittens kann festgestellt werden, dass die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse ‚faktisch zumeist Entscheidungscharakter‘ haben (Ismayer 2007:185). Den Fokus auf den Auswärtigen Ausschuss begründen wir viertens mit seiner Zentralität für das außenpolitische Handeln. Anders als im Verteidigungsausschuss, dem EU-Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird im AA nicht nur eine Teilmenge der außenpolitischen Gesetzesvorlagen beraten sondern alle Vorlagen mit außenpolitischem Charakter.

Um uns auf den Test der gesammelten Präferenzhypothesen einlassen zu können, haben wir in diesem Beitrag noch keine Differenzierung zwischen unterschiedlichen Entscheidungsinhalten vorgenommen. Daraus folgt, dass das generelle Abstimmungsverhalten als Abstimmung im Auswärtigen Ausschuss zu sämtlichen eingebrachten Vorlagen operationalisiert ist. Tabelle III.1 zeigt die Verteilungen der Vorlagen. Wir haben generell zwischen Vorlagen der Bundesregierung, Vorlagen einzelner oder mehrerer Fraktionen und Vorlagen durch einzelne Abgeordnete (inklusive der Residualkategorie ‚Sonstiges‘) getrennt. Entgegen unserer Erwartung bilden die Regierungsvorschläge nur während der 15. Legislaturperiode den Modus. Ansonsten finden sich mehr sonstige Vorlagen oder Gesetzesvorlagen. Diese Verteilung legt die Annahme nahe, dass die Legislative in der Bundesrepublik nicht ausschließlich auf die Entscheidungsvorhaben der Bundesregierung reagiert. Vielmehr versuchen die Abgeordneten aktiv an der Gestaltung der Außenpolitik mitzuwirken. Tabelle III.1 gliedert die Gesamtzahl der Vorlagen nach ihrer Herkunft pro Legislaturperiode.

ART	LP12	LP13	LP14	LP15
Regierungsvorlage	26	26	27	35
Fraktionsvorlage	37	27	21	6
Einzelne Abgeordnete	53	89	46	23
SUMME	116	142	94	64

*Tabelle III.1: Anzahl Vorlagen unterschieden nach Herkunft pro Legislaturperiode*

Das Abstimmungsverhalten der Parteien konnte direkt aus den Beschlussempfehlungen des AA von uns codiert werden.<sup>2</sup> Einstimmige Ergebnisse konnten aus dem Unterpunkt ‚Lösung‘ codiert werden. Abweichendes Abstimmungsverhalten innerhalb einer Fraktion wurde aus dem Bericht zur Beschlussempfehlung herausgelesen. Hier werden zwar nicht die Namen, jedoch die Anzahl der Abweichler pro Partei genannt. Insgesamt wurden von uns entsprechend sechs mögliche Kategorien codiert. Tabelle III.2 gibt einen Gesamtüberblick über die Verteilung der 398 codierten Fälle der abhängigen Variablen. Es wird zunächst ersichtlich, dass die Parteidisziplin auch innerhalb der Ausschussmitglieder sehr hoch ist. Bei der FDP gibt es gar keine Abstimmung mit abweichenden Mitgliedern, für die anderen Parteien finden sich für die gesamte Zeitspanne nur jeweils 5 bis 12 Abstimmungen bei denen einzelne Mitglieder nicht im Einklang mit ihren Fraktionsangehörigen stimmten.

Fraktionsergebnis	SPD	CDU	FDP	Grüne	PDS
Zustimmung	265	256	261	247	156
Zus. + Abweichung	0	11	0	2	3
Ablehnung	104	121	114	86	68
Abl. + Abweichung	3	1	0	6	0
Enthaltung	20	9	23	52	91
Enthal. + Zustimmung	2	0	0	1	0
Enthal. + Ablehnung	3	0	0	3	2
Missing	1	0	0	1	78

*Tabelle III.2: Abstimmungsverhalten der Parteien von LP12-15*

#### IV. Empirie

Wir haben im folgenden Analyseteil den Test der Hypothesen in den Mittelpunkt gestellt, die Aufschluss über die Rolle der Parteidisziplin in Regierungskoalitionen und über den angenommenen breiten Konsens bei außenpolitischen Entscheidungen geben sollen. Zur Untersuchung beider Fragen haben wir in einem ersten Schritt Zusammenhangsmaße zwischen dem Abstimmungsverhalten der Parteien berechnet. Im zweiten Teil betrachten wir dann die Abstimmungsmuster der einzelnen Parteien etwas differenzierter.

<sup>2</sup> Alle Beschlüsse finden sich unter <http://dip.bundestag.de/search.php>

### *Koalitionszusammenhalt*

Die Hypothesen H4-H5 gingen von einer prinzipiell höheren Fraktionsdisziplin bei Regierungsparteien aus, während in Hypothese H6 erwartet wurde, dass Regierungsvorlagen einen höheren positiven Abstimmungskonsens erzielen sollten als Oppositionsvorlagen. Um die Abstimmungsdisziplin zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien zu testen, haben wir das Zusammenhangsmaß zwischen den verschiedenen Parteien sowohl für die gesamten Vorlagen als auch getrennt nach Regierungs- und Oppositionsvorlagen berechnet. Da das Abstimmungsverhalten keine ordinale Maßzahl ist wurden keine normalen Korrelationen sondern Cramér's V als Kontingenzmaß berechnet.

Vor allem bei den Vorlagen der Regierungsparteien kann ein klares Bild gezeichnet werden. Unter der christlich-liberalen Koalition der der 12. und 13. Legislaturperiode stimmt die CDU allen 52 bzw. 55 Vorlagen der Regierungsparteien zu, der kleine Koalitionspartner FDP hat ein identisches Abstimmungsverhalten bis auf eine Enthaltung in der 13. Periode. Die Vorlagen mit Regierungsbeteiligung in der 14. und 15. Legislaturperiode erzielen unter den Regierungsparteien eine ähnliche Übereinstimmung. Die SPD stimmt bis auf eine Ablehnung immer zu, die Grünen lehnen zwei Vorlagen ab.

Für die Opposition – auch ohne Berücksichtigung der PDS – ist das Muster weniger eindeutig, wie Tabelle IV.1 zeigt.

<b>Legislaturperiode</b>	<b>Opposition</b>	<b>Volksparteien</b>
12. (CDU-FDP)	0.37	0.55
13. (CDU-FDP)	0.19	0.43
14. (SPD-Grüne)	0.58	0.29
15. (SPD-Grüne)	0.40	0.13

Tabelle IV.1: *Abstimmungsähnlichkeit zwischen Oppositionsparteien und CDU-SPD*  
Maß: Cramér's V; 0 = kein Zusammenhang, 1 = vollständige Übereinstimmung

Bei den Zusammenhangsmaßen für alle Vorlagen fällt auf, dass SPD und Grüne in ihrer gemeinsamen Oppositionszeit nur wenig übereinstimmen, wie  $V=0.37$  und  $V=0.19$  angibt. Dies liegt vor allem daran, dass die SPD 45 der 55 Regierungsvorlagen zustimmt, während die Grünen ‚klassische‘ Opposition betreiben und die meisten Vorlagen ablehnen. Deshalb hat die SPD auch während ihrer Oppositionszeit mit der CDU eine stärkere Übereinstimmung als mit den Grünen. CDU und FDP als Opposition der 14. und 15. Periode weisen dagegen einen stärkeren Zusammenhangskoeffizient als die beiden Volksparteien CDU und SPD auf. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, wie im nächsten Abschnitt aufgezeigt wird, dass alle Regierungsvorlagen systematisch von der Opposition abgelehnt werden. Vielmehr deutet sich an, dass die SPD als Regierungspartei eine andere Strategie als die CDU in der Behandlung von Oppositionsvorschlägen verfolgt. Der doch geringe Zusammenhang zwischen

SPD und CDU über die Zeit – besonders eklatant in Legislaturperiode 15, wo das das Cramer's V zwischen den beiden Volksparteien auf 0.13 fällt – stellt die Erwartung von Hypothese 8 allerdings recht eindrücklich in Frage. Ein eindeutiger und unumstrittener Konsens in außenpolitischen Fragen wird durch das Abstimmungsergebnis nicht bestätigt.

Auf individueller Ebene wurde in Hypothese 4 die Erwartung formuliert, dass Abgeordnete einer Regierungsfraktion weniger abweichendes Abstimmungsverhalten zeigen als Oppositionsangehörige. Für Vorlagen der Regierung kann dies bestätigt werden. Bei keiner einzigen Regierungsvorlage konnte für alle vier Perioden abweichendes Abstimmungsverhalten beobachtet werden. Und auch wenn wir die untersuchten Vorlagen um Fraktionsvorlagen und Einzelvorlagen erweitern, bleibt die vorübergehende Bestätigung der Hypothese bestehen. Tabelle IV.2 zeigt die Funktionen der Parteien zum Zeitpunkt, an dem abweichendes Verhalten einzelner Parlamentarier verzeichnet wurde.

<b>Rolle</b>	<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>FDP</b>	<b>Grüne</b>
Regierung	0	1	0	1
Opposition	8	11	0	11

*Tabelle IV.2: Anzahl von Abstimmungen bei denen die Fraktionen nicht geschlossen abstimmten*

Von den 32 abweichenden Abstimmungsergebnissen fallen nur zwei in eine Periode während der die jeweilige Partei an der Regierung war. Die anderen 30 Abweichungen betreffen Oppositionsparteien. Die Rolle als Regierungspartei scheint also nicht nur bei Abstimmungen über die eigenen Anträge disziplinierend zu wirken, sondern auch bei den Abstimmungen zu allen anderen Vorlagen. Die eigene Regierung wird also nicht nur bei eigenen Vorschlägen unterstützt, sondern die Phalanx wird auch bei Oppositionsvorschlägen aufrechterhalten. Befindet sich eine Partei in der Opposition, so kommt es auch im Bereich der Außenpolitik zu einer Zunahme abweichenden Verhaltens. Die Hypothese 4 bzw. 5 wird also durch diese Daten bestätigt.

#### *Regierungsunterstützung*

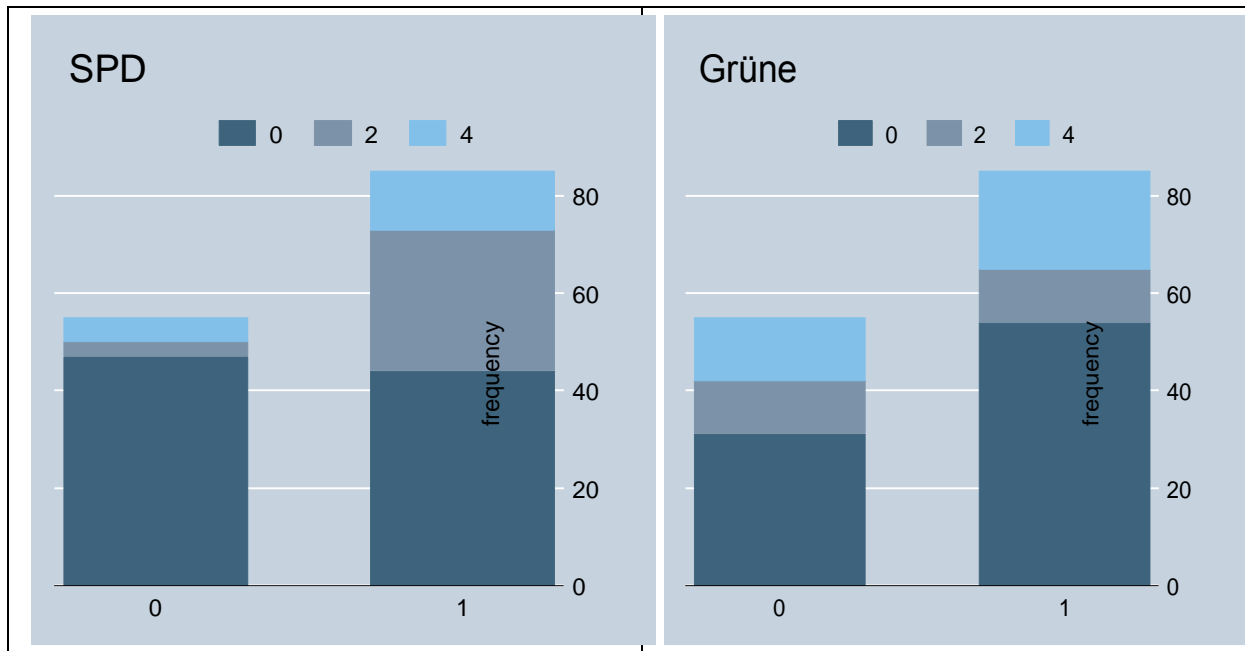
Klassischerweise wird in der Außenpolitikforschung angenommen, dass Regierungsvorschläge – im Sinne eines „rally around the flag“ Effektes – eine breite Zustimmung auch von Oppositionsparteien erfahren sollte. Verschiedene Begründungen, vom funktionalistischen Argument der Ressourcenausstattung der Regierung, über die Annahme einer Staatsräson bei außenpolitischen Entscheidungen bis hin zu rationalen Argumenten über eine angenommene Stärkung der deutschen Verhandlungsposition auf internationalem Parkett, wurden auch von uns in den Hypothesen H6 und H8 aufgenommen. Unabhängig vom Begründungszusammenhang haben wir die Erwartung, dass

(gemäßigte) Oppositionsparteien trotz ihrer Rolle als Gegenpol zur Regierung nicht alle Regierungsvorlagen ablehnen. Vielmehr wird von uns ein breites Maß an Zustimmung der Regierungsvorlagen erwartet. Demgegenüber gibt es außer der Tauschannahme aus Hypothese 9 keine Begründung, die eine Annahme einer Zustimmung von Regierungsparteien zu Oppositionsvorlagen ex ante rechtfertigt.

Um das Verhältnis zwischen dem Abstimmungsverhalten aller Parteien bei verschiedenen Vorlagentypen zu untersuchen, haben wir im Folgenden für alle Parteien zwischen Vorlagen mit Beteiligung der Regierungsparteien und Oppositionsvorlagen unterschieden.<sup>3</sup> Grafik IV.1 zeigt das Abstimmungsverhalten für die 13. Legislaturperiode mit der CDU-FDP Koalition und Grafik IV.2 bildet das Abstimmungsverhalten nach dem Regierungswechsel für die 14. Periode ab. Die Ergebnisse für die 12. und die 15. Legislaturperiode finden sich im Anhang A.1 und A.2. Sie bestätigen das Muster, das für die 13. und 14. Periode beschrieben wird.



<sup>3</sup> Da wir uns jetzt für die generelle Position einer Partei und nicht für einzelne Parteiabweichungen interessieren haben wir die Abstimmungskategorien auf ‚Zustimmung‘, ‚Ablehnung‘ und ‚Enthaltung‘ reduziert. Abweichende Abstimmungen wurden also ignoriert.



*Grafik IV.1 Abstimmungsverhalten der 13. Legislaturperiode nach Parteibeteiligung bei der Vorlage:  
 Verteilung: 0 = Zustimmung; 2 = Ablehnung; 4 = Enthaltung  
 Balken: 0 = Regierungsbeteiligung; 1 = Oppositionsvorlage*

Wie bereits oben dargelegt, stimmen die Regierungsparteien den Vorschlägen aus den eigenen Reihen nahezu vollständig zu. Interessanter ist ein Blick auf den jeweils rechten Balken, ihr Abstimmungsverhalten bei Oppositionsvorlagen: es wird deutlich, dass Oppositionsvorlagen mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt werden, jedoch nicht automatisch, circa ein Drittel der eingebrachten Oppositionsvorschläge wird von CDU und FDP unterstützt. Auch ein Blick auf das Abstimmungsverhalten der (gemäßigten) Opposition zeigt das angenommene Muster. Vor allem die SPD scheint sich ihrer Rolle als Volkspartei und Vertreterin staatlicher Interessen bewusst und stimmt fast vollständig den Vorschlägen der Regierungsparteien zu. Eine prinzipielle Oppositionsrolle spiegelt sich auch im Abstimmungsverhalten der Grünen nicht wirklich wider, zwar lehnen sie mehr Regierungsvorschläge ab, operieren aber noch häufiger mit dem Mittel der Enthaltung. Auch beim Umgang mit Oppositionsvorschlägen stimmen SPD und Grüne in der 13 Legislaturperiode nicht vollständig überein. Es findet sich also kein eindeutiger Beleg für breit koordiniertes Handeln auf Seiten der Opposition.



Grafik IV.2 Abstimmungsverhalten der 14. Legislaturperiode nach Parteibeteiligung bei der Vorlage:  
 Verteilung: 0 = Zustimmung; 2 = Ablehnung; 4 = Enthaltung  
 Balken: 0 = Regierungsbeteiligung; 1 = Oppositionsvorlage

In der 14. Legislaturperiode haben die rot-grünen Regierungsparteien das Verhalten bezüglich der Regierungsvorlagen von der alten Regierung übernommen. Fast allen Regierungsvorlagen wird zugestimmt. Jedoch zeigt sich ein auffälliger Unterschied in der Behandlung der Oppositionsvorlagen. Sollte es in der letzten Periode - wie in H9 angenommen - ein Tauschverhältnis gegeben haben, dass die Oppositionszustimmung bei Regierungsvorlagen durch Zustimmung bei Oppositionsvorlagen ,erkaufte', scheint dies unter der rot-grünen Regierung verschwunden. Oppositionsvorlagen werden



nahezu in ihrer Gesamtheit abgelehnt. Dies kann auch nicht dadurch erklärt werden, dass die gemäßigten Oppositionsparteien selbst nichts vorschlagen, denn sie sind für insgesamt 25 Vorschläge verantwortlich; der Rest stammt von der PDS. Die „abweisende“ Haltung der Regierung führt jedoch nicht dazu, dass die neue Opposition um CDU und FDP ähnlich ablehnend mit den Regierungsvorlagen umgeht. Vielmehr finden wir ein ähnlich hohes Maß an Zustimmung wie bei der früheren Opposition. Zustimmung zu Regierungsvorschlägen bedarf folglich keiner Reziprozität. Viel eher scheinen Regierungsvorlagen einen breiten inhaltlichen Konsens zu erzielen. Diese Befunde decken sich nicht mit den in den Hypothesen 9 und 10 formulierten Erwartungen. Weder können wir – auf Basis unserer bisherigen noch etwas oberflächlichen Analyse – Evidenz für das Vorliegen von Tauschdynamiken präsentieren, noch findet sich ein rigores Festhalten an den Rollen als Regierungs- und Oppositionsparteien beim Abstimmungsverhalten im Auswärtigen Ausschuss. Bis dato haben wir keinen Vergleich des Abstimmungsverhaltens mit innenpolitischen Ausschüssen vorgenommen. Der starke Rückhalt für Regierungsvorschläge verweist jedoch auf ein abweichendes Muster im Vergleich zur Innenpolitik. Dies deckt sich – wenn auch nicht sauber überprüft – mit den Erwartungen von Hypothese 7. Tabelle IV. fasst unsere vorläufigen Ergebnisse nochmals tabellarisch zusammen.

H1: Je näher ein Vorschlag am Idealpunkt der Abgeordneten, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung.	Nicht getestet
H2: Stehen inhaltliche Position der Abgeordneten und die Vorgabe der Fraktion im Widerspruch, sollte die Abgeordnete der stärker gewichteten Komponente nachgeben.	Nicht getestet
H3: Stehen inhaltliche Position der Abgeordneten und die Vorgabe der Fraktion im Widerspruch und werden die beiden Komponenten gleich gewichtet, sollte die Abgeordnete sich enthalten.	Nicht getestet
H4: Wenn eine Abgeordnete einer Regierungsfraktion angehört, ist ein abweichendes Wahlverhalten unwahrscheinlicher als bei einer Oppositionsfraktion.	Bestätigt
H5: Regierungsfractionen sollten ein homogeneres Abstimmungsverhalten vorweisen als Oppositionsfraktionen.	Bestätigt
H6: Regierungsvorschläge erfahren eine höhere Zustimmung als Vorschläge von Oppositionsfraktionen und einzelner Abgeordneter.	Bestätigt
H7: Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss sollten einen höheren Grad an Konsens aufweisen als Abstimmungen in Ausschüssen mit innenpolitischem Bezug.	Nur indirekt getestet und bestätigt
H8: Bei Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss sollten Regierungs- und Oppositionsverhalten kaum zu unterscheiden sein (zumindest in Bezug auf die „gemäßigte“ Opposition).	Teilweise bestätigt
H9: Die Regierungsfractionen stimmen eher für die Vorschläge der Oppositionsfraktionen, die regelmäßig die Regierungsvorlagen unterstützen als für Vorschläge aus	Nicht bestätigt

Reihen der Oppositionsfraktionen, die oft in auswärtigen Angelegenheiten gegen die Regierungsvorschläge stimmen.	
H10: Abgeordnete stimmen entsprechend ihrer Rolle als Angehörige der Regierung bzw. der Opposition gegen die Vorschläge der jeweils „anderen Seite“.	Nicht bestätigt
H11: Die Grünen als Oppositionspartei sollten nach der Regierungsbeteiligung mehr Regierungsvorlagen zustimmen als in den Phasen vor der Grünen Regierungsbeteiligung.	Nicht getestet
H12: Durch das Erstarren der Linken, sollte die Übereinstimmung von Union und SPD zurückgehen.	Nicht getestet

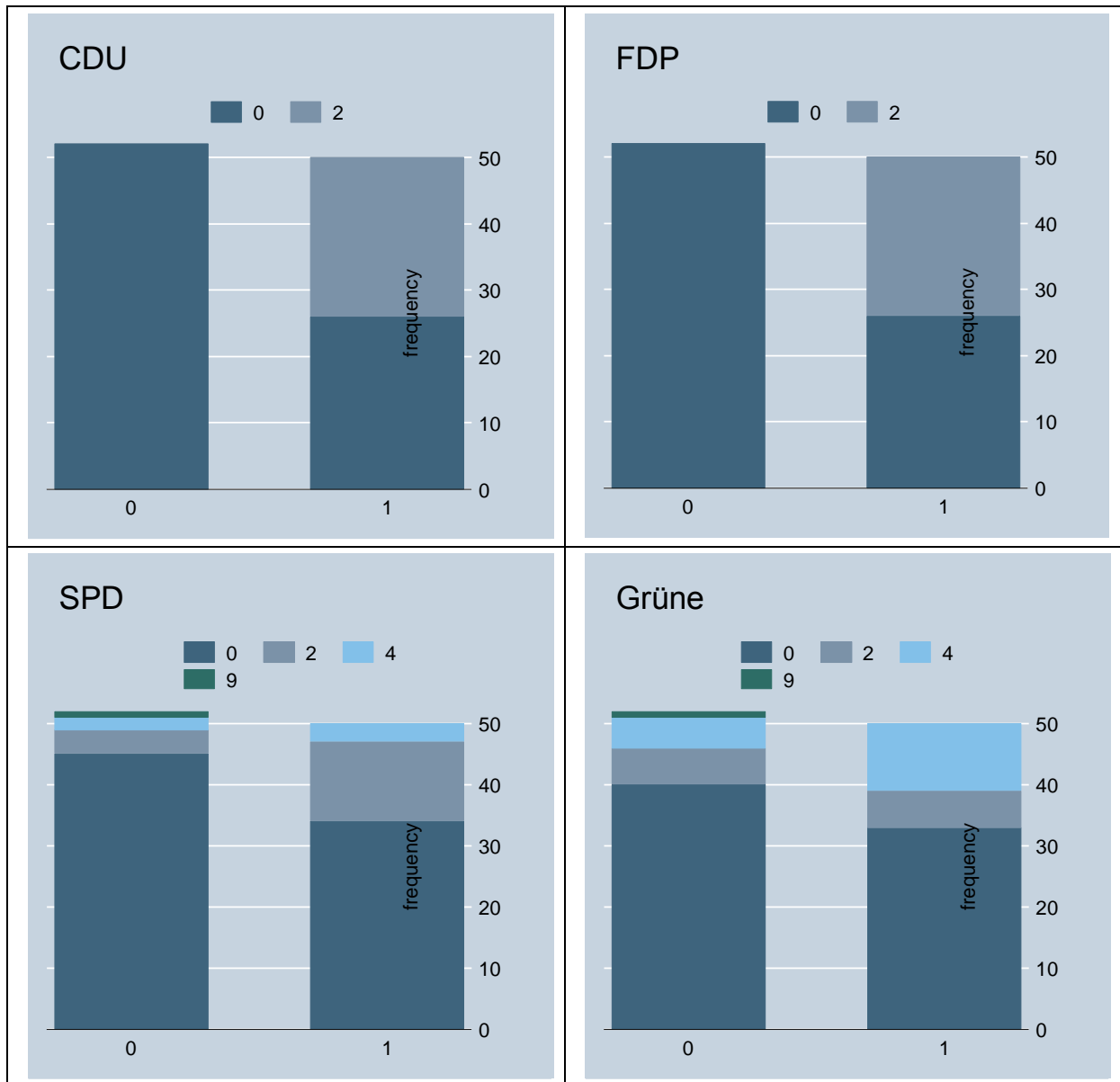
*Tabelle IV.3 Zusammenfassung der Resultate*

## **V. Schluss**

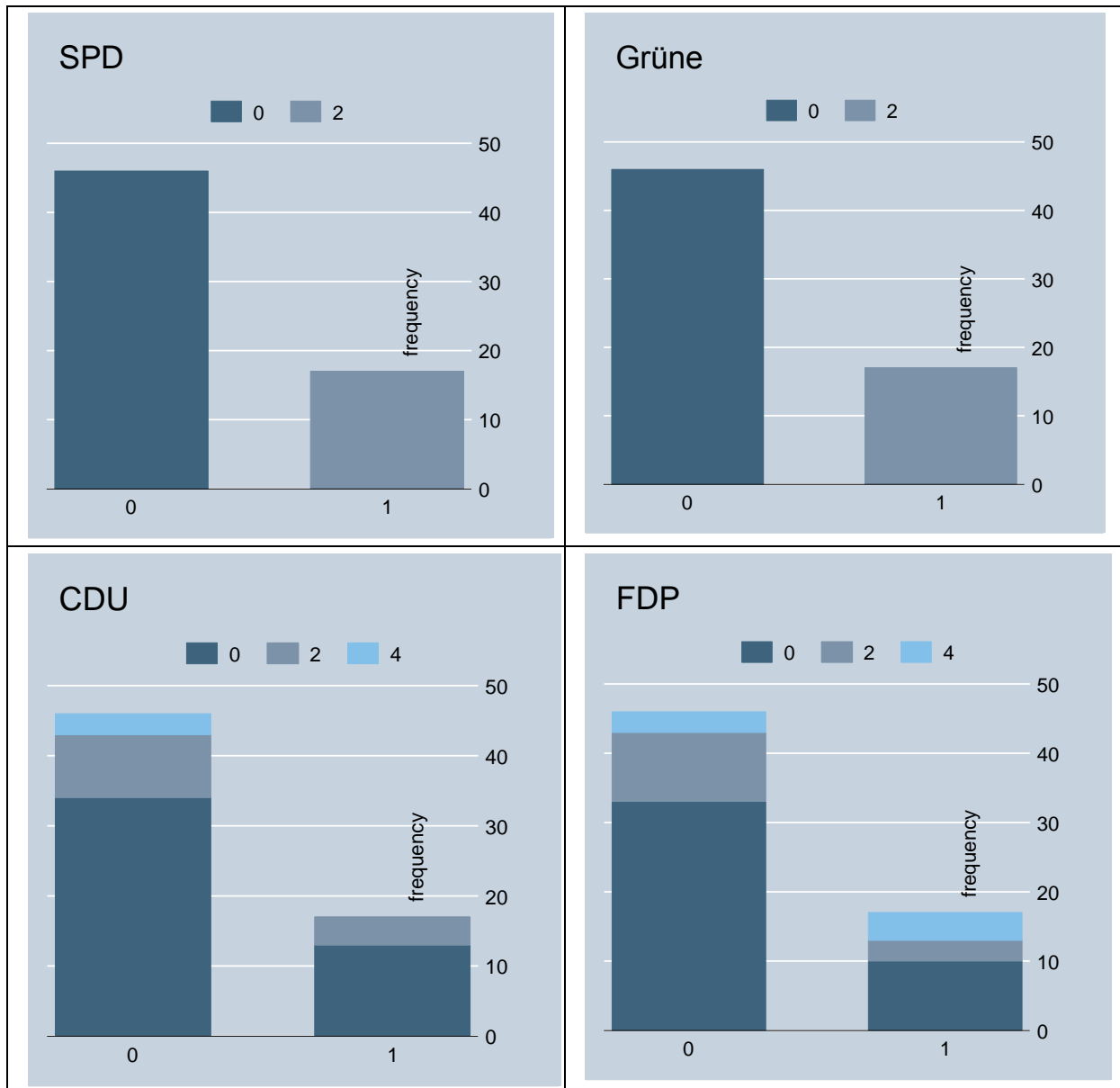
Im vorliegenden Beitrag haben wir uns mit dem Abstimmungsverhalten im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages beschäftigt. Vor dem Hintergrund der größeren Fragestellung nach den innenpolitischen Bedingungen der deutschen Außenpolitik konnte unsere Analyse erste Dynamiken des Abstimmungsverhaltens der Parteien beleuchten. Die Analyse hat gezeigt, dass die PDS ein klarer Ausreißer in der Untersuchungsperiode ist. Das Verhalten der anderen Parteien unterstreicht einen stärkeren Konsens, wobei dieser Konsens deutlich weniger stark ausfällt als klassischerweise in der Außenpolitik angenommen. Es ist also nicht so, dass ein eindeutiges nationales Interesse das Abstimmungsverhalten im Bundestag bestimmt. Während die Regierungsparteien sehr kohärent abstimmen – dies ist angesichts der Vorgaben der Koalitionsverträge auch nicht weiter überraschend – fällt doch auf, dass Regierung und Opposition auch ohne Berücksichtigung der PDS stark in ihrem Abstimmungsverhalten variiert. Insbesondere der geringe Zusammenhang zwischen SPD und CDU ist hervorzuheben. Die Außenpolitik birgt also durchaus Spannungen, die weitere Beachtung aus der Perspektive der Innenpolitikanalyse verdienen. Hier stellt sich insbesondere die Frage nach den Mechanismen und auch den Präferenzen, die hier nur oberflächlich beleuchtet werden konnten. In Verbindung mit den Präferenzen steht auch die hier nur nicht vorgenommene Unterscheidung nach Inhalten. Zukünftige Forschung sollte hier ansetzen und damit ein altes Sujet der Außenpolitikanalyse systematischer für den deutschen Fall aufgreifen (vgl. (Wolfers 1959; Zimmerman 1973)).

## Anhang

### Anhang 1: Abstimmungsverhalten der 12. und 15. Legislaturperiode



Grafik A.1 Abstimmungsverhalten der 12. Legislaturperiode nach Parteibeteiligung bei der Vorlage:  
 Verteilung: 0 = Zustimmung; 2 = Ablehnung; 4 = Enthaltung, 9 = Missing  
 Balken: 0 = Regierungsbeteiligung; 1 = Oppositionsvorlage



Grafik A.2 Abstimmungsverhalten der 15. Legislaturperiode nach Parteibeteiligung bei der Vorlage:  
 Verteilung: 0 = Zustimmung; 2 = Ablehnung; 4 = Enthaltung,  
 Balken: 0 = Regierungsbeteiligung; 1 = Oppositionsvorlage

## Literatur

- Baumann, Rainer. 2006. *Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik.* of *Internationale Beziehungen* 4. Baden-Baden: Nomos.
- Baumann, Rainer. 2007. "Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik." In *Deutsche Außenpolitik*, eds. Thomas Jäger, Alexander Höse and Kai Oppermann: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 442-461.
- Benedetto, Giacomo, and Simon Hix. 2007. The Rejected, the Ejected, and the Dejected: explaining government rebels in the 2001-2005 British House of Commons. *Comparative Political Studies* 40 (7): 755-781.
- Bueno de Mesquita, Bruce, James Morrow, Randolph Siverson, and Alastair Smith. 1999. An Institutional Explanation of the Democratic Peace. *American Political Science Review* 93: 791-807.
- Cameron, Charles M. 2000. *Veto Bargaining. Presidents and the Politics of Negative Power.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Depauw, Sam, and Shane Martin. 2009. "Legislative Party Discipline and Cohesion in Comparative Perspective." In *Intra-Party Politics and Coalition Governments*, eds. Daniela Gianetti and Kenneth Benoit. Abingdon: Routledge. 103-120.
- Eberwein, Wolf-Dieter, and Karl Kaiser, eds. 1998. *Deutschlands Neue Außenpolitik. Band 4: Institutionen und Ressourcen.* München: Oldenbourg.
- Fearon, James D. 1994. Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes. *The American Political Science Review* 88 (3): 577-592.
- Finke, Daniel. 2009. Domestic Politics and European Treaty Reform: Understanding the Dynamics of Governmental Position-Taking. *European Union Politics* 10 (4): 482-506.
- Fröhlich, Stefan. 2001. *Auf den Kanzler kommt es an. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung.* Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Hacke, Christian. 2003. *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder.* Ullstein.
- Haftendorn, Helga. 1999. "Kontinuität und Wandel des aussenpolitischen Entscheidungsprozesses." In *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Rahmenbedingungen - Entwicklungen - Perspektiven*, eds. Thomas Ellwein and Everhard Holtmann. Opladen: Westdeutscher Verlag. 247-257.
- Haftendorn, Helga. 2001. *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung.* Stuttgart
- Hagan, Joe D., Philip P. Everts, Haruhiro Fukui, and John D. Stempel. 2001. Foreign Policy by Coalition: Deadlock, Compromise, and Anarchy. *International Studies Review* 3 (2): 169-216.
- Harnisch, Sebastian. 2003. "Theorieorientierte Aussenpolitikforschung in einer Ära des Wandels." In *Die neuen Internationalen Beziehungen, Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, eds. Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf and Michael Zürn. Baden-Baden: Nomos. 313-359.
- Harnisch, Sebastian. 2006. *Internationale Politik und Verfassung. Zur Domestizierung des sicherheits- und europapolitischen Prozesses der Bundesrepublik Deutschland.* Baden-Baden: Nomos.
- Harnisch, Sebastian. 2009. Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Regierung Merkel. Eine liberale Analyse der Grossen Koalition. *Zeitschrift für Aussen- und Sicherheitspolitik.*
- Harnisch, Sebastian. 2010. "Die Grosse Koalition in der Aussen- und Sicherheitspolitik: die Selbstbehauptung der Vetospieler." In *Die Grosse Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009*, eds. Christoph Egle and Reimut Zohlnhöfer. Wiesbaden: VS. 503-529.
- Harnisch, Sebastian, and Hanns W. Maull, eds. 2001. *Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic.* Manchester: Manchester University Press.
- Hellmann, Gunther. 2006. *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung.* 1. Aufl. ed of *Grundwissen Politik Bd. 39.* Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

- Hellmann, Gunther. 2010. "Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung. Außenpolitik in der Berliner Republik." In *Deutschland im Jubiläumsjahr 2009. Blick zurück nach vorn*, ed. Gabriele Abels. Baden-Baden: Nomos. 91-118.
- Hellmann, Gunther. 2011. "Das neue Selbstbewusstsein deutscher Außenpolitik und die veränderten Standards der Angemessenheit." In *Deutsche Außenpolitik*, eds. Thomas Jäger, Alexander Höse and Kai Oppermann: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 735-757.
- Hellmann, Gunther, ed. 2006. *Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der Internationalen Beziehungen und der Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Hellmann, Gunther, Christian Weber, and Frank Sauer, eds. 2008. *Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre*. 1. Aufl. ed. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Hellmann, Gunther, Christian Weber, Frank Sauer, and Sonja Schirmbeck. 2007. „Selbstbewusst“ und „stolz“. Das außenpolitische Vokabular der Berliner Republik als Fährte einer Neuorientierung. *Politische Vierteljahresschrift* 48 (4): 650-679.
- Hibbs, Douglas. 1987. *The American Political Economy: Macroeconomics and Electoral Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Holsti, Kalevi J. 1970. National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy. *International Studies Quarterly* 14 (3): 233-309.
- Hudson, Valerie M., and Christopher S. Vore. 1995. Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow. *Mershon International Studies Review* 39: 209-238.
- Immergut, Ellen. 1992. *Health Politics: Interests and Institutions in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kaarbo, Juliet, and Ryan K. Beasley. 2008. Taking It to the Extreme: The Effect of Coalition Cabinets on Foreign Policy. *Foreign Policy Analysis* 4 (1): 67-81.
- Kaarbo, Juliet, and Jeffrey S. Lantis. 2003. The 'Greening' of German Foreign Policy in the Iraq Case: Conditions of Junior Party Influence in Governing Coalitions. *Acta Politica* 38 (3): 201-230.
- Kirste, Knut, and Hanns W. Maull. 1996. Zivilmacht und Rollentheorie. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 283-312.
- Krehbiel, Keith. 1998. *Pivotal Politics: a Theory of U.S. Lawmaking*. Chicago: University of Chicago Press.
- Lake, David A., and Robert Powell. 1999. "International Relations: A Strategic Choice Approach." In *Strategic Choice and International Relations*, eds. David A. Lake and Robert Powell. Princeton: Princeton University Press. 3-38.
- Leuffen, Dirk. 2007. "Cohabitation und Europapolitik. Politische Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem." Zugl : Mannheim, Univ Diss , 2006 Nomos.
- Lüddecke, René. 2010. *Parlamentarisierung der nationalen Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Marks, Gary, and Marco Steenbergen. 2002. Understanding Political Contestation in the European Union. *Comparative Political Studies* 35 (8): 879-892.
- Martin, Lisa L. 2000. *Democratic commitments. Legislatures and International Cooperation*. Princeton: Princeton University Press.
- Maull, Hanns W. 1992. "Zivilmacht - Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz." In *Sicherheitspolitik Deutschlands - Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente*, eds. Wolfgang Heydrich, Joachim Krause, Uwe Nerlich, Jürgen Nötzold and Reinhardt Rummel. Baden-Baden: Nomos. 771-786.
- Maull, Hanns W. 2010. "Außenpolitikforschung: Deutsche Außenpolitik." In *Politikwissenschaft in Deutschland*, eds. Irene Gerlach, Eckhard Jesse, Marianne Kneuer and Nikolaus Werz. Baden-Baden: Nomos. 339-363.
- Milner, Helen V. 1997. *Interests, institutions, and information domestic politics and international relations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Milner, Helen V. 1999. "Rationalizing Politics: The Emerging Synthesis of International, American, and Comparative Politics." In *Exploration and Contestation in the Study of World Politics*, eds.

- Peter J. Katzenstein, Robert O. Keohane and Stephen D. Krasner. Cambridge, MA: MIT Press. 119-146.
- Moravcsik, Andrew. 1993. "Introduction. Integrating International and Domestic Theories of International Bargaining " In *Double-Edged Diplomacy*, eds. Peter B. Evans, Harold K. Jacobson and Robert D. Putnam. Berkeley: University of California Press. 3-42.
- Peters, Dirk. 2007. "Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse." In *Handbuch zur Deutschen Außenpolitik*, eds. Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann and Reinhard Wolf. Wiesbaden: VS. 815-835.
- Plott, Charles. 1991. Will Economics become an Experimental Science? *Southern Economic Journal* 57: 901-920.
- Putnam, Robert D. 1988. Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. *International Organization* 42 (3): 427-460.
- Risse-Kappen, Thomas. 1991. Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies. *World Politics* 43 (4): 479-512.
- Risse, Thomas. 2004. Kontinuität durch Wandel: Eine "neue" deutsche Außenpolitik? *Aus Politik und Zeitgeschichte* (11): 24-31.
- Risse, Thomas. 2007. "Deutsche Identität und Außenpolitik." In *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, eds. Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann and Reinhard Wolf: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 49-61.
- Rittberger, Volker, ed. 2001. *German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies*. Manchester: Manchester University Press.
- Rosenau, James N. 1974. *Comparing Foreign Policies: Theories, Findings, and Methods*. Beverly Hills, Calif.: Sage Publications; distributed by Halsted Press.
- Schelling, Thomas C. 1963. *The strategy of conflict*. New York: Oxford University Press.
- Schöllgen, Gregor. 2004. *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München: Beck.
- Schultz, Kenneth A. 2001. *Democracy and coercive diplomacy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Smith, Steve. 1986. Theories of foreign policy: an historical overview. *Review of International Studies* 12 (01): 13-29.
- Smith, Steve, Amalia Hadfield, and Tim Dunne, eds. 2008. *Foreign Policy: Theories, Actors, Cases*. Oxford: Oxford University Press.
- Strom, Kaare, and Wolfgang C. Müller. 1999. "Political Parties and Hard Choices." In *Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, eds. Wolfgang C. Müller and Kaare Strom. Cambridge: Cambridge University Press. 1-35.
- Thiem, Alrik. 2011. "Public Opinion and Foreign Policy Responsiveness in Western Democracies: An Unconventional Review." ETH Zurich.
- Travis, Rick. 2010. Problems, Politics, and Policy Streams: A Reconsideration US Foreign Aid Behavior toward Africa. *International Studies Quarterly* 54 (3): 797-821.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto Players*. Princeton: Princeton University Press.
- Waltz, Kenneth. 1959. *Man, the State, and War: A Theoretical Analysis*. New York: Columbia University Press.
- Wolfers, Arnold. 1959. "The Actors in International Politics." In *Theoretical Aspects of International Relations*, ed. William T. R. Fox. Notre Dame, IND. 83-106.
- Zimmer, Matthias. 2009. Die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1989. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 2 (1): 66-83.
- Zimmerman, William. 1973. Issue Area and Foreign-Policy Process: A Research Note in Search of a General Theory. *The American Political Science Review* 67 (4): 1204-1212.